



Bürgerinitiative Fracking freies Hessen n.e.V. - Motzstr. 5 - 34117 Kassel

**Bürgerinitiative
Fracking freies Hessen n.e.V.**

Motzstr. 5
34117 Kassel
Deutschland

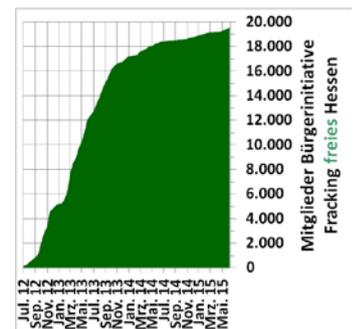
Email: stop-fracking@gmx.de
Internet: <http://www.frackingfreieshessen.de/>

per email an:

Michael.brand@bundestag.de

Bankverbindung:
Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie
Stichwort „Fracking freies Hessen“
Kto. 1196117
BLZ 52050353
Kasseler Sparkasse

Projekt	Ansprechpartner	Unser Zeichen	Datum
Fracking stoppen	Ira Heilburg	hg	07.10.2015



Sehr geehrter Herr Brand, MdB,

demnächst werden Sie darüber mitentscheiden, ob Fracking in Deutschland ermöglicht werden soll.

Vor dieser Abstimmung wollen wir Ihnen dringend zu bedenken geben:

- Unsere BI hat fast 20.000 Bürgerinnen und Bürger als Mitglieder, die sich entschieden für ein Fracking-Verbot aussprechen.
- Diese Forderung nach einem Fracking-Verbot eint auch die deutliche Mehrheit der Parteienanhänger: Union 58%; AfD 64%; SPD 68% Linke 75%; Grüne 87%.
https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/abgeordnetenwatch.de/files/fracking_infratest_2015.pdf
- Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen bestätigt die Einschätzung, dass Fracking nicht dem öffentlichen Interesse, sondern den Gewinn-Interessen der Industrie dient.
<http://www.frackingfreieshessen.de/index.php?page=Attachment&attachmentID=187&h=a095aef05460c636cbe0081a92b325dfdfb70d29>
- Während zahlreicher Podiumsdiskussionen, die wir zum Thema Fracking (vor der hessischen Landtagswahl) veranstalteten, sprachen sich alle Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien entschieden gegen Fracking aus.

Bürgerinitiative: Fracking freies Hessen, Motzstr. 5, 34117 Kassel
Datum: 07.10.2015
Seite: 2



- Eine Entscheidung für Fracking wäre eine Entscheidung im Interesse der das Gas fördernden Industrie und gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit (auch die Aussagen der oben erwähnten Parteienvertreter/innen würden damit übergangen oder zu beruhigenden Floskeln degradiert werden).
- Eine Entscheidung zu Gunsten der das Fracking betreibenden Unternehmen wäre ein weiterer Ausdruck der undemokratischen Strukturen, die zunehmend die politischen Entscheidungen prägen. Diese Entscheidung würde die Politikverdrossenheit verstärken.
- In diesen Zeilen, die wir hiermit an alle hessischen Bundestagsabgeordneten senden, haben wir jetzt nur noch politisch argumentiert. Zur Erinnerung an unsere inhaltlichen Argumente übermitteln wir Ihnen parallel und zur Kenntnis noch ein Schreiben, das bereits an führende Politiker der großen Koalition versendet wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative Fracking freies Hessen n.e.V.
gez. Ira Heilburg